

Ein Flashmob der rechten Ratsmehrheit



Es geht zu Ende mit den Festivals. In den Zürcher Kinos, aber auch im falschen Film im Bundeshaus. Die grosse Debatte über die Altersvorsorge geriet zur eigentlichen Demonstration von rechts. Unter dem täuschenden Eindruck der Volksabstimmung zu AHVplus zeigte die rechtsbürgerliche Mehrheit zusammen mit den Grünliberalen eindrücklich, wie man nicht vorsorgen sollte – zumindest nicht politisch, wenn man über den Tag hinaus Mehrheiten und Vertrauen schaffen will: Keine moderate Erhöhung der AHV-Renten, dafür die Erhöhung des Frauenrentenalters und ein Automatismus für das Rentenalter 67, sowie Abstriche bei Witwen und Kindern. Eine Senkung des Umwandlungssatzes in der 2. Säule, dafür höhere Pensionskassenbeiträge für jüngere Arbeitnehmende. Ein Giftcocktail.

Und kaum mehr als eben eine Demonstration. Und dazu eine schlecht organisierte – ein Flash-Mob. Nicht weniger als 55 Stunden hatte die zuständige Nationalratskommission getagt. Buchstäblich über Nacht noch bastelten grün- und blauliberale Spät-denker spontane Tischbomben und verlasen beim Zünden Papiere der Arbeitgeber und Versicherer. Sachen gibt's. Und wieder einmal hoffen wir auf den Ständerat.

Noch turbulenter geriet die Inszenierung bei der Umsetzung der «Masseneinwanderungsinitiative». Da fuchtelte ausgerechnet der Fraktionspräsident der SVP mit der Bundesverfassung herum. Und auch noch mit einem

leeren Cola-Fläschli (Flasche leer?). Ausserdem wurde wüst beschimpft und beleidigt. Wie aber war das noch gleich mit der Alpen- und der Zweitwohnungsinitiative? Wie steht es mit der Gleichstellung?

Halten wir darum sachlich fest: Das Parlament hat ganz einfach seine Arbeit getan. Im Rahmen der Widersprüche der Initiative und im Rahmen der gesamten Rechtsordnung. Dabei geht es in der Vorlage nicht einfach nur um einen «Inländervorrang light», sondern um eine Kaskade von möglichen Massnahmen. Es kann nicht einfach nur um zwei Worte in einer einzelnen Bestimmung der Verfassung gehen. Es geht um die Verfassung in ihrem Gesamtzusammenhang, und es geht um die Rechtsordnung. Dazu gehören auch unsere staatsvertraglichen und völkerrechtlichen Verpflichtungen: Verträge sind einzuhalten. Wenn man sie nicht einhalten will, kann man sie kündigen. Dazu kann man eine ehrliche und klare Initiative einreichen. Ich würde mich auf eine diese Abstimmung freuen. Davor aber scheut sich die SVP ebenso wie vor einem Referendum gegen die Umsetzung. Wir würden nämlich gewinnen

Es stehen sich damit weiterhin Volksentscheidungen gegenüber, die nicht vereinbar sind. Das haben wir schon vor der Abstimmung gesagt – und die SVP leugnet es wider jeden besseren Wissens noch immer. Es ist aber nun einmal eine Tatsache, dass der bilaterale Weg und damit auch die Personalfreiheit mehrfach und deutlich an der Urne bestätigt wurden. Darum ist auch unsere Beziehungsdiskussion mit der Europäischen Union nicht zu Ende – sie hat gerade erst begonnen. Dazu braucht es kein Geschrei und keine Denunziationen. Dazu braucht es Partnerinnen und Partner in Europa.

Martin Naef, Nationalrat SP, Zürich

Angst, Zukunft und Komfort



Eine knappe Mehrheit der Stimmen erhielt die Volksinitiative für eine Grüne Wirtschaft in der Stadt Zürich. Nur! 2008 stimmten 76 Prozent der ZürcherInnen für die 2000-Watt-Gesellschaft. Diese ist einiges ehrgeiziger als der ökologische Fussabdruck «eine Erde», den die Grüne Wirtschaft verlangte. Auch ist das Ziel «eine Erde» breiter anerkannt. Sowohl der Bundesrat als auch der Nachhaltigkeitsrat der Weltkonzerne haben sich zu diesem Ziel bekannt. Wieso also konnte die Zustimmung so stark zurückgehen?

Eine Analyse ist wichtig für die notwendige politische Konkretisierung der Nachhaltigkeit. Wir stehen bei dieser Arbeit erst am Anfang. Doch eines wissen wir schon heute: Die faktenfreie Angstkampagne der Economiesuisse zeigte ihre Wirkung. Anders lässt sich nicht erklären, wieso Umfragen noch zwei Monate vor der Abstimmung eine klare Zustimmung zeigten. Die Wirksamkeit absurder Behauptungen zum angeblich drohenden Verzicht wurde wohl 2014 bei der kantonalen Abstimmung in Schaffhausen entdeckt. Mit «Bananenverbot» und «Kafiverbot» gelang den Gegnern des ökologischen Wandels damals eine Ablehnung von 61 Prozent für das Ziel einer 2000-Watt-Gesellschaft.

Economiesuisse verspielt mit solch faktenfreien Kampagne ihre Glaubwürdigkeit. Jeder, der dem Wirtschaftsverband auch nur einen Hauch glaubt, musste ja Nein stimmen. Das hätte eigentlich auch ich müssen – denn ohne Aussicht auf

eine warme Dusche käme ich morgens kaum rechtzeitig aus dem Bett. Somit lässt sich nach Sonntag umgekehrt aber auch sagen: Über 36 Prozent der Bevölkerung und viele Städte schenken Economiesuisse bezüglich ökologischem Umbau offenbar nicht einmal einen Hauch von Vertrauen.

Klar, vielleicht gibt es unter den Ja-Stimmen auch ein paar Leute, die tatsächlich meinen, es brauche einen radikalen Verzicht auf Komfort für das Ziel der Initiative für eine Grüne Wirtschaft. Aus eigenen Umfragen wissen wir, dass das nur wenige Prozente sind. Und nach der Abstimmungskampagne sind es sicher noch weniger. Denn einer der Erfolge der Kampagne war es, aufzuzeigen, wie gross das Potenzial der Innovationen zur notwendigen Reduktion der Umweltbelastung ist. Und hier müssen wir weitermachen.

Die Stadt – aber eigentlich auch der Kanton – Zürich können hier eine zentrale Rolle übernehmen. An den Zürcher Hochschulen entstehen zig Start-ups, die gerne Lösungen für eine nachhaltige Wirtschaft am Markt weiterentwickeln möchten. Aber auch das lokale Gewerbe macht aktiv mit, wenn es Gelegenheit dazu hat. Es braucht deshalb mehr Leuchtturmprojekte. Mehr Lösungen, die aufzeigen, wie Nachhaltigkeit konkret funktioniert. Beispielsweise Siedlungen wie die Kalkbreite, das Hunzikerareal oder Greencity. Siedlungen, die helfen, der Bevölkerung die Angst zu nehmen, dass Nachhaltigkeit Verzicht bedeute. Die zeigen, dass im Gegenteil nachhaltige Innovationen nicht nur die Umwelt, sondern auch die Lebensqualität und die Wettbewerbsfähigkeit verbessern. Eine Chance für die Wirtschaft darstellen. Und nicht zuletzt sehr gut mit sozialen Herausforderungen verbunden werden können.

Bastien Girod, Nationalrat Grüne, Zürich